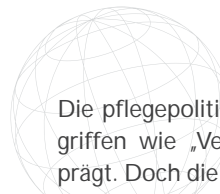


Blick auf die Bundestagswahl 2021: Wie ganzheitliche Pflegepolitik für pflegende Angehörige gelingen kann



Die pflegepolitische Debatte der letzten Jahre ist von Begriffen wie „Versorgungskrise“ und „Pflegernotstand“ geprägt. Doch die Diagnose konzentriert sich fast ausschließlich auf die stationäre Pflege. Lösungen für die großen Probleme in der häuslichen Pflege? Fehlansage! Auch die aktuelle Bundesregierung fährt den Kurs einer sektoralen statt einer ganzheitlichen Pflegepolitik und wird damit der Bedeutung der häuslichen Pflege für das gesamte Pflegesystem nicht gerecht.

Rund 76 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden in Deutschland zu Hause gepflegt, primär durch Angehörige, Freunde und Nachbarn. Die jährliche Wertschöpfung liegt in der häuslichen Pflege bei knapp 37 Mrd. Euro (AOK 2016). Allerdings ist dafür ein Pflegeaufwand von bis zu 63 Stunden pro Woche notwendig, ohne freie Wochenenden oder geregelte Aus- und Urlaubszeiten (Hans-Böckler-Stiftung 2017). Allein diese Zahlen verdeutlichen, dass die pflegerische Versorgung in Deutschland ohne pflegende Angehörige tatsächlich kollabieren würde.

Die Verantwortlichen in der Pflegepolitik waren in den letzten Jahren nicht tatenlos. Nur waren die politischen Maßnahmen unzureichend und ungeeignet, um spürbare Verbesserungen im Alltag von pflegenden Angehörigen zu bewirken. Zwei Beispiele:

Das zweite Pflegestärkungsgesetz brachte natürlich Verbesserungen. Beispielsweise für mehr pflegende Angehörige als vorher Einzahlungen in die Rentenkasse. Aber: Die Höhe der Rentenbeiträge ist viel zu niedrig, um vor Altersarmut zu schützen. Auch die geplante Grundrente wird das Problem der Armut durch Pflege nicht lösen.

„Bei mir ist die Hilfe noch nicht angekommen!“

Pflegende Angehörige aus Baden-Württemberg

Mit dem „Angehörigen-Entlastungsgesetz“ sollen seit Januar 2020 rund 275.000 Angehörige finanziell entlastet werden, deren pflegebedürftige Eltern in Pflegeeinrichtungen von Sozialhilfe leben.

„Das ganze System würde kollabieren, wenn wir die Pflege zu Hause wegen der ganzen Schwierigkeiten aufgeben!“

Pflegende Angehörige aus Sachsen-Anhalt

Doch bei den rund 5 Millionen pflegenden Angehörigen gilt weiterhin das Prinzip „Häusliche Pflege zum Nulltarif“.

Es gibt also keinen Grund, sich auf den Errungenschaften auszuruhen. Im Gegenteil: 44 Prozent der pflegenden Angehörigen haben ein Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro (Barmer Pflegereport 2018). Noch immer sind Frauen in der häuslichen Pflege besonders von Altersarmut bedroht (Sozialverband Deutschland 2019). Nicht zuletzt fehlt es überall an spürbarer Entlastung vor Ort, sodass pflegende Angehörige vielfach selbst erkranken.

Es braucht eine klare Wende in der Pflegepolitik

Als bundesweite Bewegung pflegender Angehöriger hat wir pflegen e. V. eigene Ideen von einem wirklich unterstützenden und sozial absichernden Pflegesystem entwickelt. Klar ist, dass pflegepolitische Reformen, die allein auf kurzfristige Linderungen zielen, nicht ausreichen. Vielmehr braucht es eine pflege- und sozialpolitische Gesamtstrategie, um den vielfältigen Bedarfen der Menschen gerecht zu werden und um die durch Reformen produzierten Wechselwirkungen im Pflegesystem aufzufangen. Beispielsweise dürfen die notwendigen Verbesserungen für Pflegekräfte, wie im Pflegelohnverbesserungsgesetz angestoßen, nicht zu weiteren finanziellen Belastungen aufseiten der Betroffenen führen. Mit der Initiative gegen Armut durch Pflege haben wir daher bereits vor Jahren die Debatte um die Einführung einer Pflegevollversicherung unterstützt.



Was muss eine Gesamtstrategie zur Stärkung der häuslichen Pflege also mindestens beinhalten?

1. Maßnahmen zur finanziellen und sozialen Absicherung pflegender Angehöriger

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf: Dass Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder mit dem Elterngeld unterstützt werden, pflegende Angehörige jedoch im Wesentlichen nur die Option auf einen zinslosen Kredit haben, ist eine klare Ungerechtigkeit (siehe Pflegezeit und Familienpflegezeit). Zusammen mit dem Unabhängigen Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fordern wir die Einführung einer 36-monatigen Lohnersatzleistung für berufstätige pflegende Angehörige.

Finanzielle Unterstützung und Rentengerechtigkeit: Auch für die vielen pflegenden Angehörigen, die aufgrund der Pflege nicht (mehr) im Beruf bleiben können, braucht es Lösungen. Hartz IV ist kein Lohnersatz und erst recht keine Wertschätzung! Zugleich muss das Rentensystem hinsichtlich der Beitragszahlungen so reformiert werden, dass pflegende Angehörige wirksam vor Altersarmut geschützt werden. wir pflegen e. V. wird in diesem Jahr einen entsprechenden Vorschlag vorlegen.

2. Maßnahmen zur spürbaren Entlastung vor Ort

Einführung eines Entlastungsbudgets: Die Bundesregierung muss das im Koalitionsvertrag angekündigte Entlastungsbudget im dort vereinbarten Umfang einführen. Gut umgesetzt fördert es die Selbstbestimmung in der häuslichen Pflege und baut Barrieren beim Zugang zu Leistungen und bei der Verwaltung von Ansprüchen ab.

Ausbau der Pflegeinfrastruktur und unabhängige Beratung: Aufgrund fahrlässiger Vernachlässigung ist die Zahl der Kurzzeitpflegeplätze in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken, obwohl der Bedarf steigt. Daher muss neben der Finanzierung der Kurzzeitpflege über eine verbindliche Quote für Kurzzeitpflegeplätze in Pflegeeinrichtungen gesprochen werden. Zudem muss die Pflegeberatung zu

einem unabhängigen und zugänglichen Case-Management weiterentwickelt werden.

Fazit: Die Flickenteppichbearbeitung in der Pflegepolitik, getreu dem Motto „Löschen, wo es brennt“, ist für pflegende Angehörige und pflegebedürftige Menschen fatal. Im Rahmen der Bundestagswahl 2021 müssen sich die Parteien mit nachhaltigen Vorschlägen für eine wirkliche Wende in der Pflegepolitik bewähren. Eine Pflegewende, die vom tatsächlichen Bedarf der Menschen ausgeht und die insbesondere mit den pflegenden Angehörigen, pflegebedürftigen Menschen und Pflegekräften vereinbart wird.



Christian Palmke

+
Referent für Pflegepolitik und Familienpflege
wir pflegen – Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e. V.
+
www.wir-pflegen.net